

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

137 (22.3.1918) Mittagblatt

Badischer Beobachter

Wochenspreis vierteljährlich: 1.20 M. ...
Verlagspreis Nr. 535

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Anzeigenzeile 25 M. ...
Wofür: Karlsruhe 1918

Erste Ausgabe am Freitag in zwei Ausgaben ...
Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Redaktion: Dr. H. Meyer

Der Jammer der geheimen Denkschriften!

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Der Geheimdenkschriften-Jammer, unter welchem die Geschichtsführung unserer inneren und äußeren Politik oft genug im Verlaufe des Krieges leiden mußte, hat wieder einmal eine neue Blüte gegiebt. Deutschlands Londoner Volschaffer Fürst Lidnowski hat, nachdem seine auf ganz falschen Voraussetzungen beruhende Politik der deutsch-englischen Verständigung gescheitert war und er sich dieserhalb nach Kriegsausbruch scharfen Anfeindungen ausgesetzt sah, zu seiner eigenen Rechtfertigung eine Denkschrift über die deutsche Politik vor dem Kriege und insbesondere seine eigene Tätigkeit in London niedergeschrieben. Er hat sie einem engen Freundeskreis anvertraut, der aber nicht dicht hielt. So erhielt ein Offizier eine Abschrift und dieser hat die Schrift vervielfältigt und an eine Reihe Persönlichkeiten geschickt. Sie ist dann in das Ausland gekommen und dort zunächst in einem dänischen Sozialistenblatt bekannt geworden. Die englische und französische Presse ist ebenfalls schon seit längerem über das Vorhandensein dieser Denkschrift und ihren Inhalt unterrichtet, sie hat aber auf Geheiß der Regierung bis jetzt von einer Veröffentlichung abgesehen, weil man hierzu einen besonders geeigneten Augenblick abwarten wollte, um überaus andauernde die deutsche Öffentlichkeit und das Publikum der feindlichen Länder zum Zweck der Stimmungsmache zu wirken. Unter diesen Umständen wird man es nur gutheißen können, daß deutscherseits keine Vogeltraub-Politik getrieben, und die Sache frisch und frank vom Reichstage selbst angefaßt wurde. Eine offene und freie Wortrede über alle diese Dinge kann uns nur nützlich sein.

miert. Wir sind durchaus nicht geneigt, alle seine Neußerungen unter dem Gesichtswinkel des „nervösen Zusammenbruchs“, der jetzt wieder eine so große Rolle spielt, zu betrachten, wir sehen vielmehr in der Lidnowskischen Denkschrift einen neuen Beweis dafür, wie dringend notwendig es für das Schicksal unseres Volkes ist, daß wir als Vertreter im Auslande niemanden haben, der sich von „Stimmungen“ und ähnlichen problematischen Dingen derart beeinflussen läßt, daß er den Blick für die Wirklichkeit verliert. Lidnowski hat, indem er sich in krankhafter und getränkter Eitelkeit zu Ueberhebungen und völlig falschem Urteil hinreißen ließ, gerade, wenn auch unabsichtlich, die Mängel in unserem diplomatischen System aufgedeckt, die ihm selbst einerseits den Aufstieg ermöglichten, ihn andererseits aber auch wieder zum Fall brachten. Der Lidnowskische Denkschriften-Jammer, der uns noch sehr viele harte Risse zu fassen geben wird, darf für die Interessen des Volkes nicht ungenutzt bleiben.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 21. März, abends. (W.T.V. Amtlich.) In Belgisch- und Französisch-Flandern, nördlich von Reims, in der Champagne, vor Verdun und in Lothringen haben sich die Artilleriekämpfe verschärft. Zwischen Cambrai und La Fere sind wir in Teile der englischen Stellung gedrungen.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 21. März. (W.T.V. Amtlich) wird verlautbar: Österreichisch-ungarische Artillerie hat auf dem westlichen Kriegsschauplatz in den Kampf gegen die Franzosen und Engländer eingegriffen. In Venetien lebte die Gesehäftstätigkeit mehrfach beträchtlich auf.

Der erste Blick in Schwäler Gewitternacht.

Berlin, 22. März. Im Berliner Tageblatt sagt General von Ardenne: Die Nachricht von der Artillerieschlacht in dreier Front auf dem westlichen Kriegsschauplatz wirkte wie der erste Blick in einer schwülen Gewitternacht. Die allgemeine Spannung, die seit Monatsfrist einen unerträglichen Grad erreicht hatte, wird trotz der schmerzlichen Aussicht auf ein ungeheures blutiges Ringen eine gewisse Erleichterung hervorgerufen, denn jeder sagt sich, was kommen muß, komme bald.

Ist das ernst zu nehmen?

Berlin, 22. März. Aus New York wird laut Täg. Rundschau gemeldet: Der amerikanische Senat hat den Präsidenten Wilson eingeladen, die Frage zu prüfen, ob sich die Verhältnisse in Europa nicht zu Gunsten eines raschen Friedensschlusses gewendet hätten. Präsident Wilson habe erklärt, er sei auch von England zu diesem Schritt vranalast worden. England überlasse Amerika die Freiheit der Entscheidung in dieser Frage. Zum Amweide einer arindlichen Information habe der Präsident Wilson ein Mitglied der Regierung, zwei Senatoren und den Oberst House eingeladen, sich unverzüglich nach Paris zu begeben.

Der Krieg zur See.

Beschickung von Dänischen.

Berlin, 21. März. (W.T.V. Amtlich.) Torpedostreitkräfte Flanderns haben am 21. März früh in drei Gruppen die Festung Düntirich sowie die militärischen Anlagen bei Bray Dunes und De Panne nachhaltig unter Feuer genommen. Die Aufschläge lagen überall auf. In den umfangreichen Barackenlagern bei De Panne, das mit 800 Schuß besetzt wurde, brachen zwei große Brände aus. Die Küstenbatterien erwiderten das Feuer kräftig, aber ergebnislos. Auf dem Rückmarsch kam es zu einem Feuergefecht mit einigen feindlichen Zerstörern, die sich jedoch zurückzogen, nachdem sie mehrere Treffer erhalten hatten. Die an dem Vorstoße beteiligten Streitkräfte sind ohne Beschädigungen oder Verluste eingelaufen. Zwei unserer kleinen Korpsboote sind heute Nacht von einer Fahrt westlich Dünede nicht zurückgekehrt und müssen als vermisst gelten. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Entente und Holland.

Bern, 20. März. (W.T.V.) Im Gegensatz zu der Erwartung drücken die heutigen französischen Blätter eine lebhaftere Zustimmung über die Verhandlungen des holländischen Ministers aus. Holland nehme zwar die Bedingungen der Entente an, stelle aber Bedingungen, die zum großen Teil vollkommen unannehmbar seien.

Reit Parisien schreibt: Wenn man die holländischen Schiffe nicht beschaffen darf, dürfen sie nur zu leicht vertrieben werden. Wenn Holland auf seinem Standpunkt verharrt, werden die Alliierten zur Wegnahme der Schiffe gezwungen sein. Aehnlich äußern sich die übrigen Zeitungen. Der Temps erklärt: Holland wäre unannehmbar, wenn Deutschland erklären würde, daß es für die Wertung des holländischen Schiffsraumes für die Alliierten nicht verantwortlich gemacht werden könne. Marin sagt: Holland wolle den Alliierten Forderungen aufzwingen, die ungerührtigterweise Deutschland begünstigen. Ob Holland wolle oder nicht, es wird die Entente nicht hindern können, seine Schiffe zu verwenden. (Unerschämte!)

Zur letzten Rede des holländischen Außenministers.

Amsterdam, 21. März. (W.T.V.) Der Vertreter des W.T.V. erfährt aus Saager parlamentarischen Kreisen, daß auf Grund der heutigen Audon-Rede Einvernehmen darüber herrscht, daß die in Holland befindlichen holländischen Schiffe durch das Ultimatum der Entente unberührt bleiben, und nur der im Ausland befindliche Schiffsraum von den Forderungen der alliierten Regierungen getroffen werde. Die dem Vertreter des Allgemeinen Handelsbundes von dem Unterstaatssekretär v. d. Busche abgegebene Erklärung über Deutschlands Stellungnahme zur Frage des holländischen Schiffsraumes in Holland und der etwaigen Ermöglichung der Verbringung Hollands durch den Pendelverkehr dieser Schiffe haben beruhigend gewirkt.

Wilson beschlagnahmte die holländischen Schiffe.

Washington, 21. März. (W.T.V.) Central News schreiben: Am Mittwoch abend hat Marinsekretär Daniels gemäß der Proklamation des Präsidenten Wilson den Schiffsfahrtsbehörden in sämtlichen amerikanischen Häfen befohlen, die dort liegenden niederländischen Schiffe zu beschlagnehmen. Präsident Wilson hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Interessen Hollands und holländischer Untertanen in jeder Beziehung berücksichtigt werden sollen. Präsident Wilson erklärte, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie in dieser Krise von dem Rechte, über das in amerikanischen Häfen befindliche Eigentum Kontrolle auszuüben, Gebrauch machen, gegenüber Holland nicht ungerührt handeln und daß die Art, wie von diesem Rechte Gebrauch gemacht werde, ein Beweis dafür sei, wie ernst die Freundschaft, die die Vereinigten Staaten für Holland hege, aufgefaßt werde. (1)

Washington, 21. März. (W.T.V.) Meldung des Reuterschen Büros, Marinsekretär Daniels hat mitgeteilt, daß der Befehl, die holländischen Schiffe zu übernehmen, vorgestern abend 7 Uhr in Kraft getreten sei. Ein Teil der holländischen Mannschaft werde auf den Schiffen beschlagmäßig werden, andere werden, wenn sie es wünschen, in Amerika gehalten werden und von der amerikanischen Regierung ihren Lohn ausbezahlt bekommen. Die Seeleute, die nach Holland zurückkehren möchten, werden so rasch als möglich dorthin befördert werden.

London, 21. März. (W.T.V.) Daily Mail erfährt aus Washington: Das Schiffahrtsamt hat beschlossen, einen Teil des niederländischen Schiffsraumes zur Verfertigung von Lebensmitteln zu benutzen. Es hat außerdem angeordnet, daß Weizen in Säcken verpackt in den Kajüten und Kabinen, sowie in jedem nicht benutzten Teile der früheren Passagierdampfer untergebracht werden solle.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Von der Westfront.

Berlin, 21. März. (W.T.V.) An der Westfront wurde vom 1. bis 20. März 2600 Mann, darunter über 70 Offiziere und zwei Bataillionsfähnen, gefangen genommen. Nach bisherigen Meldungen sind 102 Flugzeuge und 21 Fesselballone der Gegner abgeschossen worden, 40 Maschinengewehre und 20 Schnellabgewehre wurden erbeutet.

Englische und französische Kommentare zur Rede Hertlings.

Amsterdam, 20. März. (W.T.V.) Nach einer Reitermeldung aus London besprechen die Blätter die Rede des Reichskanzlers. Daily Mail schreibt: Hertling vergaß Krokodilstränen über die Entfremdung zwischen Deutschland und Holland, durch die Deutschland jetzt gezwungen werde, Holland aufzufressen. Die Verantwortung für das weitere Vortwischen schiebt er auf die bösen Alliierten. Niemand weiß besser als die in Deutschland herrschenden Personen, wie fest die Alliierten nach dem Zusammenbruch Hollands geschlossen sind, den Krieg fortzusetzen, bis Gerechtigkeit und Recht gesiegt haben. Der konservative Daily Telegraph schreibt: Deutschland hat durch die Art, wie es Holland behandelt, seinen weltlichen Feinden eine gute Lehre erteilt. Den weltlichen Alliierten bleibt nichts anderes übrig, als zu verlangen, daß die deutschen Eroberungen in Holland wieder rückgängig gemacht werden. Sie müssen den Kampf fortsetzen, bis dieses Ziel erreicht ist und die nationale Freiheit, nicht der deutsche Imperialismus, das herrschende System in Ost- und Westeuropa geworden sind. Das Northcliffeblatt Times schreibt: Wir wissen nicht, ob der Reichskanzler, während er im Reichstage seine Rede hielt, schon die Erklärungen der Alliierten über den russischen Frieden kannte. Er hat mit bemerkenswerter Klarheit abgelehnt, auf die Kommentare des feindlichen Landes über seine letzten Erraumensdank einzugeben. Hertling hat bei der Abfassung eines Teils seiner Erklärung viel Gewicht an den Tag gelegt. Aber es war angeht, verschiedene Neußerungen seiner eigenen

Landsloute kein kluger Schachzug von ihm, von dem Neben der Hyperkritik und von Unrichtigkeiten zu sprechen.

Bern, 20. März. (W.T.V.) Zu der Rede des Grafen Hertling liegen erst wenige ausführliche Kommentare der französischen Presse vor. Die meisten Blätter stellen sie den Ententeerklärungen nach der Londoner Konferenz gegenüber und bezeichnen diese als beste Antwort auf die umschriebenen Ausführungen des Reichskanzlers. — Sem bath stellt in der Zeitungla Seure fest, daß sowohl in der Ententeerklärung, wie in der Rede des Reichskanzlers sich der gleiche Rebreim wiederholt. Nach den üblichen Beschränkungen kommt man auf beiden Seiten zum Ergebnis, daß der Krieg durch die Armeen entschieden werden muß. Die Erklärung der Entente wird allgemein günstig besprochen, offensichtlich als Protest gegen den russischen Frieden. Man wünscht damit dem russischen Volk zu beweisen, daß die Entente die Wirkung des Friedens hinfallig zu machen verdrigen wird. Die Zeitungla Seure stimmt der Erklärung der Entente nicht zu und sagt: Man hätte doch mindestens erklären müssen, ob man alle Waffen im Hinblick auf den Sieg mit vorbereitet habe. Auch Journal des Debats kritisiert die Erklärung, die inwieweit nur von Erörterungen und Problemen spreche, ohne daß man wisse, ob auch eine Verwirklichung erzielt werde.

Zur Lage im Osten.

Rußlands Friedenswille.

Berlin, 22. März. Wie der Berliner Lokalanzeiger hört, soll sich bei dem Besuche des russischen Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten im auswärtigen Amt in Berlin gezeigt haben, daß es der feste Wille Rußlands sei, zu einem schnellen Abschluß des deutsch-russischen Friedens zu gelangen. Eine Schwierigkeit, die bis jetzt der Ratifikation im Wege stand, scheint jetzt bis zu einem gewissen Grade beseitigt zu sein. Die russische Regierung mache die sofortige Zurückführung der über 600 verbliebenen Bewohner Livlands und Estlands anbegehren.

Österreichische Hochverräter in England.

Berlin, 20. März. Aus Czernowitz wird der Reichspost folgendes berichtet: Nach Meldungen, die auf verschiedenen Wegen aus Ausland einlaufen, wendet sich die Volkstimmung sowohl bei den Russen wie bei den Ukrainern gegen das kriegerische Treiben der tschechisch-slowakischen Formationen. Die Fülle, in denen die Träger der wehrlosen Kavallerie — das Abzeichen der tschechisch-slowakischen Truppen — von russischen Soldaten verprügelt werden, mehrere sind täglich. So wurden in Sorran ein großer Zahl Neuanfänger tschechisch-slowakischer Formationen von der Bevölkerung und den Soldaten verhöhnt und auseinandergejagt. Bemerkenswert ist, daß von russischer Seite die Kriegsbegeisterung dieser tschechisch-slowakischen Formationen vielfach auf die reiche Bezahlung seitens Frankreichs und Amerikas zurückgeführt wird. Es wird der Tag kommen, wo auch diese Landesverräterischen Elemente, nachdem sie sich in der Fremde ausgegipelt haben, ihren Rückweg in die alte Heimat, die sie mit der Waffe in der Hand verlaten haben, suchen werden. Gegen diese Elemente wird man an den Quarantäne-Stationen die Augen offen zu halten haben. Das sind nicht rückkehrende Gefangene, sondern Verbrecher, an deren Händen verlogenes Vandalentum klebt. Für diese Auswürlinge Österreichs kann es nur die volle Strenge des Gesetzes geben.

Trotski Kriegsminister.

Berlin, 21. März. Der bisherige russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Trotski, ist zum Kriegsminister ernannt worden.

Ratifikation.

Kiew, 18. März. (W.T.V.) Die Kleine Rada hat gestern der Ratifikation des Friedensvertrages zwischen Deutschland und der Ukraine zugestimmt.

Sitzung der japanischen Flotte.

Berlin, 22. März. Der Berliner Lokalanzeiger berichtet aus Genf: Nach einer Meldung des Temps sei auf den Kubara-Cruben in Wago westlich von die japanische Flotte gesichtet worden.

Peking, 19. März. (W.T.V.)

Der chinesische Gesandte und der japanische Volschaffer in Petersburg sind mit einer Anzahl von Amerikanern, Japanern und Chinesen an der manchsourischen Grenze angekommen. Sie wurden unter dem Geleit von Roten Garbisten nach der chinesischen Grenze gebracht.

Das neue rumänische Ministerium.

Bukarest, 21. März. (W.T.V.) Das Kaiserliche Regierungsorgan Monitorul Oficial hat folgende Ministerliste veröffentlicht: Marghiloman Ministerpräsident und Innenminister, Konstantin Arion Außenminister, General Gheorghe Krieg, Mosebuti Unterrichtsminister, Saulsen Finanzen, Dobrescu Justiz, Meisner Handel und Industrie. Die Minister für Domänen und für öffentliche Arbeiten sind noch nicht ernannt. Marghiloman wird voraussichtlich heute nach Bukarest zurückkehren.

re fahber. Eine freie Presse ...
Neue freie Presse ...
ene. ...
he. ...
Das Beispiel der ...
en. ...
machung Nr. G. ...
von der Belant ...

Kriegsjahres.

über die von St. St. ...

für die Abreise dieser ...

Anteilnahme vorhanden ...

Chronik.

aus Baden. Karlsruhe, 22. März. Der Bad. Landes-

Deutscher Reichstag.

Der deutsch-russische Friedensvertrag im Hauptausfluß.

Berlin, 21. März. (W.T.B.) Der Hauptausfluß des Reichstages genehmigte gestern nach längerer Aussprache den Friedensvertrag mit Rußland, sodann den Schiffsverkehrsvertrag des Schlußprotokolls und nahm zu dem deutsch-russischen Zusatzvertrag einen neuen Antrag der Parteien an, bei dem wiederum Verhandlungen mit der großrussischen Republik auf eine Sicherung der bestehenden, durch das langjährige Zahlungsverbot entwerteten deutschen Forderungen durch Übernahme einer Ausfallbürgschaft hinzuwirken gegen Aufhebung der Gegenseitigkeit seitens des deutschen Reiches.

Berlin, 21. März. (W.T.B.) Der Hauptausfluß des Reichstages nahm bei der Beratung des deutsch-russischen Zusatzvertrages eine gemeinsame Entschließung an, wonach beim Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-russischen Friedensvertrag eine Übereinstimmung zwischen den Vertragschließenden darüber herbeizuführen ist, daß Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung eines Schiedsgericht unterbreitet werden, und daß in die künftigen Friedensverträge die Schiedsgerichtsklausel aufgenommen werde. Der fünfjährige Friedensvertrag wurde genehmigt.

Ein sozialdemokratischer Antrag bei Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über eine Mindestforderung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der sozialen Versicherung zwischen den vertragschließenden Staaten herbeigeführt werden solle, wurde einstimmig angenommen.

Die Lösung der polnischen Frage. Die Lösung der polnischen Frage. Die Lösung der polnischen Frage. Die Lösung der polnischen Frage.

Die Cholmer Frage. Die Cholmer Frage. Die Cholmer Frage. Die Cholmer Frage.

Die russische Revolution. Die russische Revolution. Die russische Revolution. Die russische Revolution.

Die russische Revolution. Die russische Revolution. Die russische Revolution. Die russische Revolution.

Chronik.

aus Baden. Karlsruhe, 22. März. Der Bad. Landes- wohnungsstiftung sind bis jetzt schon über 550 000 Mark überwiesen worden.

Deutscher Reichstag.

Der deutsch-russische Friedensvertrag im Hauptausfluß.

Berlin, 21. März. (W.T.B.) Der Hauptausfluß des Reichstages genehmigte gestern nach längerer Aussprache den Friedensvertrag mit Rußland, sodann den Schiffsverkehrsvertrag des Schlußprotokolls und nahm zu dem deutsch-russischen Zusatzvertrag einen neuen Antrag der Parteien an, bei dem wiederum Verhandlungen mit der großrussischen Republik auf eine Sicherung der bestehenden, durch das langjährige Zahlungsverbot entwerteten deutschen Forderungen durch Übernahme einer Ausfallbürgschaft hinzuwirken gegen Aufhebung der Gegenseitigkeit seitens des deutschen Reiches.

Berlin, 21. März. (W.T.B.) Der Hauptausfluß des Reichstages nahm bei der Beratung des deutsch-russischen Zusatzvertrages eine gemeinsame Entschließung an, wonach beim Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-russischen Friedensvertrag eine Übereinstimmung zwischen den Vertragschließenden darüber herbeizuführen ist, daß Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung eines Schiedsgericht unterbreitet werden, und daß in die künftigen Friedensverträge die Schiedsgerichtsklausel aufgenommen werde. Der fünfjährige Friedensvertrag wurde genehmigt.

Ein sozialdemokratischer Antrag bei Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über eine Mindestforderung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der sozialen Versicherung zwischen den vertragschließenden Staaten herbeigeführt werden solle, wurde einstimmig angenommen.

Die Lösung der polnischen Frage. Die Lösung der polnischen Frage. Die Lösung der polnischen Frage. Die Lösung der polnischen Frage.

Die Cholmer Frage. Die Cholmer Frage. Die Cholmer Frage. Die Cholmer Frage.

Die russische Revolution. Die russische Revolution. Die russische Revolution. Die russische Revolution.

Die russische Revolution. Die russische Revolution. Die russische Revolution. Die russische Revolution.

Chronik.

aus Baden. Karlsruhe, 22. März. Der Bad. Landes- wohnungsstiftung sind bis jetzt schon über 550 000 Mark überwiesen worden.

Deutscher Reichstag.

Der deutsch-russische Friedensvertrag im Hauptausfluß.

Berlin, 21. März. (W.T.B.) Der Hauptausfluß des Reichstages genehmigte gestern nach längerer Aussprache den Friedensvertrag mit Rußland, sodann den Schiffsverkehrsvertrag des Schlußprotokolls und nahm zu dem deutsch-russischen Zusatzvertrag einen neuen Antrag der Parteien an, bei dem wiederum Verhandlungen mit der großrussischen Republik auf eine Sicherung der bestehenden, durch das langjährige Zahlungsverbot entwerteten deutschen Forderungen durch Übernahme einer Ausfallbürgschaft hinzuwirken gegen Aufhebung der Gegenseitigkeit seitens des deutschen Reiches.

Berlin, 21. März. (W.T.B.) Der Hauptausfluß des Reichstages nahm bei der Beratung des deutsch-russischen Zusatzvertrages eine gemeinsame Entschließung an, wonach beim Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-russischen Friedensvertrag eine Übereinstimmung zwischen den Vertragschließenden darüber herbeizuführen ist, daß Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung eines Schiedsgericht unterbreitet werden, und daß in die künftigen Friedensverträge die Schiedsgerichtsklausel aufgenommen werde. Der fünfjährige Friedensvertrag wurde genehmigt.

Ein sozialdemokratischer Antrag bei Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über eine Mindestforderung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der sozialen Versicherung zwischen den vertragschließenden Staaten herbeigeführt werden solle, wurde einstimmig angenommen.

Die Lösung der polnischen Frage. Die Lösung der polnischen Frage. Die Lösung der polnischen Frage. Die Lösung der polnischen Frage.

Die Cholmer Frage. Die Cholmer Frage. Die Cholmer Frage. Die Cholmer Frage.

Die russische Revolution. Die russische Revolution. Die russische Revolution. Die russische Revolution.

Die russische Revolution. Die russische Revolution. Die russische Revolution. Die russische Revolution.

Chronik.

aus Baden. Karlsruhe, 22. März. Der Bad. Landes- wohnungsstiftung sind bis jetzt schon über 550 000 Mark überwiesen worden.

Bestellungen

auf das 2. Vierteljahr 1918 nehmen alle Postanstalten, Postboten, unsere Agenten und unsere Zeitungsansträgerinnen entgegen.

Ueberreichung der Friedens-Ratifikation.

Berlin, 21. März. (W.T.B.) Die Norddeutsche Allg. Zeitung meldet: Im Auftrag des Vorkommissariats für auswärtige Angelegenheiten überreichte heute im auswärtigen Amt Herr Petrov, Vorsitzender des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten im Sowjet, eine offizielle schriftliche Mitteilung darüber, daß der Friedensvertrag von Prest-Pitowsk am 16. März von der außerordentlichen allrussischen Versammlung der Räte der Arbeiter, Soldaten, Bauern- und Sozialdemokraten in Moskau ratifiziert worden ist.

Anwilen der holländischen Presse über Wilson's Vorgehen.

Amsterdam, 21. März. (W.T.B.) Die Abendblätter äußern ihren Unwillen über die Berichte aus Amerika, in denen die Beschlagnahme der holländischen Handelschiffe mitgeteilt wird. Der Nieuwe Rotterdamse Courant titelt aus der ngch der letzten Entente-Konferenz in der Presse veröffentlichten amtlichen Erklärung folgenden Satz: „Wir, die Alliierten, kämpfen und beabsichtigen durchzuführen, um ein für allemal dieser Methode der Blünderung ein Ende zu machen und an ihre Stelle die Friedensliebe der organisierten Öffentlichkeit zu setzen.“

Politische Nachrichten.

London, 20. März. (W.T.B.) Roter. Morning Post erfährt aus Schanghai vom 18. März, daß die Südkinesen Jo Tschan (?) kampflustig gerückt haben. Die nördlichen Militärgouverneure machten die Wiedereinnahme dieses Platzes zu ihrer Bedingung, ehe sie mit Friedensverhandlungen beginnen wollten.

Die politische Krise in Spanien.

Madrid, 20. März. (W.T.B.) Zum Präsidenten der Kammer wurde Villanueva mit 218 Stimmen gewählt. Die Republikaner, Reformisten und die Regionalisten enthielten sich der Abstimmung. Nach der Wahl des Vizepräsidenten und der Schriftführer hielt Villanueva eine Rede, worin er die Einigkeit empfahl. Garcia Prieto kündigte die Demission des Kabinetts an.

Die politische Krise in Spanien.

Madrid, 20. März. (W.T.B.) Zum Präsidenten der Kammer wurde Villanueva mit 218 Stimmen gewählt. Die Republikaner, Reformisten und die Regionalisten enthielten sich der Abstimmung. Nach der Wahl des Vizepräsidenten und der Schriftführer hielt Villanueva eine Rede, worin er die Einigkeit empfahl.

Die politische Krise in Spanien.

Madrid, 20. März. (W.T.B.) Zum Präsidenten der Kammer wurde Villanueva mit 218 Stimmen gewählt. Die Republikaner, Reformisten und die Regionalisten enthielten sich der Abstimmung. Nach der Wahl des Vizepräsidenten und der Schriftführer hielt Villanueva eine Rede, worin er die Einigkeit empfahl.

Die politische Krise in Spanien.

Madrid, 20. März. (W.T.B.) Zum Präsidenten der Kammer wurde Villanueva mit 218 Stimmen gewählt. Die Republikaner, Reformisten und die Regionalisten enthielten sich der Abstimmung. Nach der Wahl des Vizepräsidenten und der Schriftführer hielt Villanueva eine Rede, worin er die Einigkeit empfahl.

Die politische Krise in Spanien.

Madrid, 20. März. (W.T.B.) Zum Präsidenten der Kammer wurde Villanueva mit 218 Stimmen gewählt. Die Republikaner, Reformisten und die Regionalisten enthielten sich der Abstimmung. Nach der Wahl des Vizepräsidenten und der Schriftführer hielt Villanueva eine Rede, worin er die Einigkeit empfahl.

Die politische Krise in Spanien.

Madrid, 20. März. (W.T.B.) Zum Präsidenten der Kammer wurde Villanueva mit 218 Stimmen gewählt. Die Republikaner, Reformisten und die Regionalisten enthielten sich der Abstimmung. Nach der Wahl des Vizepräsidenten und der Schriftführer hielt Villanueva eine Rede, worin er die Einigkeit empfahl.

